

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postcheckkonto:** Leipziger Buchdruckerei u. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Beriegung in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10 Spalte, Kolonellzeile 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die 10. Spalte, Kolonellzeile mit 50% Nachlab., Reklamezeile 2 Mk., Inserate u. ausw.: die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Pf., bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Pause im Flottenwettrennen

Das unter Führung englischer Arbeiterminister zustandgekommene englisch-französisch-italienische Flottenabkommen schränkt die Seerüstungen ein

Das Flottenkompromiß

SPD Paris, 11. März.

Die lang erwartete Veröffentlichung des französisch-italienischen Flottenkompromisses ist am Mittwoch endlich erfolgt. Das Dokument ist aber in so dunklem Kanonstil gehalten, daß es nur wenigen im Dienst ergrauten Fachleuten gelingen kann, sich aus diesem Text ohne weiteres ein Bild zu machen. Das Abkommen enthält folgende Bestimmungen:

An Großkampfschiffen dürfen Frankreich und Italien je zwei Panzerkreuzer von je 23 000 Tonnen bauen, müssen dafür aber zwei alte Einheiten abrüsten. Ihre Gesamttonnage für Großkampfschiffe wird in Abänderung des Abkommens von Washington von 175 000 auf 181 000 Tonnen erhöht. Vier 10 000-Tonnen-Kreuzer dürfen nur noch im Bauprogramm von 1930 ausgeführt werden. An kleinen Kreuzern dürfen nur Ersatzbauten vorgenommen werden, und auch dann nur von alten Einheiten, die über 10 Jahre lang im Dienst sind. An U-Booten wird ebenfalls nur das Bauprogramm von 1930 ausgeführt, und der Ersatz alter Einheiten höher gestellt. Dazu wird bemerkt, daß Frankreich somit eine U-Boottonnage von 82 000 Tonnen erhält, die „nach Ansicht Englands zu hoch ist gegenüber der englischen Zerstörer-Tonnage von 150 000 Tonnen“. Trotzdem verzichte England auf jeden Widerspruch, so heißt es im Vertragstext ausdrücklich, unter Vorbehalt der allgemeinen Revision der Flottenstärke durch die Abrüstungskonferenz im Jahre 1932. In einem Anhang endlich bestimmt der Vertrag, daß Frankreich und Italien den Londoner Flottenabkommen beitreten, daß aber der vorliegende Vertrag nur eine Regelung bis 1936 darstelle, ohne das Kräfteverhältnis zwischen beiden Mächten endgültig festzulegen.

Das vorliegende Flottenabkommen stellt alles in allem ein nicht unbeträchtliches Entgegenkommen Frankreichs und Italiens auf dem Wege der Abrüstung dar. Beide Mächte verzichteten bis 1936 auf alle Neubauten mit Ausnahme der beiden Panzerkreuzer von 23 000 Tonnen. Nur Ersatzbauten sind gestattet. Nach dem Vertrag stellt sich das Kräfteverhältnis zwischen beiden Mächten wie folgt dar (erste Zahl Frankreich, zweite Italien): Großkampfschiffe 7, 4; Panzerkreuzer 5, 4; große Kreuzer (10 000 Tonnen) 7, 7; kleine Kreuzer 11, 15; Zerstörer 31, 56; Hochsee-Torpedoboote 64, 36; Küsten-Torpedoboote 0, 38; U-Boote 82 000 Tonnen, 52 700 Tonnen; Flugzeugmutterchiffe 1, 0. Die Überlegenheit der französischen Flotte gegenüber der italienischen bezieht sich nach Durchführung des Vertrags noch auf rund 155 000 Tonnen.

Ueber 100 Millionen Mark weniger!

Die Arbeiterregierung kürzt den Marineetat

WLB London, 11. März.

Der Erste Lord der Admiraltät Alexander legte heute dem Unterhaus den Voranschlag zum Marinehaushalt vor und wies bei der Begründung des Budgets darauf hin, daß die Gesamtausgaben

Agrargesetz im Reichsrat

Preußen für Getreidefleischzufuhr

SPD. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats haben am Mittwoch die Zollvorlage der Regierung und in Verbindung damit die Reichstagsbeschlüsse zum Agrargesetz und über die Getreidefleischzufuhr in erster Lesung beraten. Die endgültige Entscheidung der Ausschüsse fällt in einer zweiten Lesung am Freitag nachmittag. Die Plenarsitzung des Reichsrats, die am Donnerstag die Zollvorlage verabschieden sollte, ist auf Freitag abend verlegt worden.

Die preussische Staatsregierung hat ihre Reichsratsbevollmächtigten beauftragt, für das Getreidefleischgesetz zu stimmen. Dagegen werden sich jedoch die Länder Bayern, Württemberg, Thüringen, Braunschweig und wahrscheinlich auch Sachsen gegen das Gesetz wenden. Da ein Teil der preussischen Provinzen wie Ostpreußen und Brandenburg mit ihren deutschnationalen Vertretern dem Gesetz ebenfalls ihre Zustimmung versagen wird, ist kaum mit seiner Annahme zu rechnen.

Konferenz der Innenminister

Wie wir erfahren, werden an der am Montag stattfindenden Konferenz der Innenminister der Länder, die heute vom Minister Severing im preussischen Landtagsauschuss angekündigt wurde und die sich mit der Gottlosen-Frage beschäftigen soll, die Innenminister von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen teilnehmen.

für den Marineetat gegenüber dem Voranschlag von 1929 um fast 5,5 Millionen Pfund Sterling herabgesetzt worden seien. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen äußerte er sich sehr eingehend über die Ergebnisse der Flottenverhandlungen zwischen Frankreich, Italien und Großbritannien und sagte u. a., er freue sich, mitteilen zu können, daß sowohl von Seiten der Vereinigten Staaten als auch von Seiten Japans Andeutungen ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu den im Vertrag vorgesehenen Maßnahmen erfolgt seien. Auch alle auf der Londoner Flottenkonferenz vertretenen Glieder des Britischen Reiches hätten zugestimmt. Es lasse sich sagen, daß das Abkommen sich auch politisch günstig auswirken werde. Die Lösung des französisch-italienischen Flottenproblems beseitige ein sehr störendes Element in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten und schaffe eine weit günstigere Atmosphäre für die Erörterungen anderer Fragen, die zwischen diesen beiden Mächten schwebten. Vor allem habe die Regelung der französisch-italienischen Flottenfrage die Aussichten auf einen Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz 1932 erhöht.

Hermann Müller schwer erkrankt

SPD Berlin, 12. März.

Hermann Müller ist plötzlich wieder schwer erkrankt. In seinem Befinden ist seit Mittwochabend eine leichte Besserung zu verzeichnen. Die behandelnden Ärzte, die den Patienten am Mittwochabend nochmals eingehend untersucht haben, sind übererregt gekommen, zunächst von einer Operation abzusehen. Borerst ist es jedoch fraglich, ob Müllers Genesung überhaupt ohne operativen Eingriff möglich sein wird.

Achtung! Achtung!

„Sozialdemokratische Betriebsarbeiter“ der RWD

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde gestern der erste Rat für den Panzerkreuzer B zugestimmt. Der Beschluß wurde mit den Stimmen sämtlicher bürgerlichen Fraktionen gegen die Kommunisten gefaßt. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben Stimmenthaltung geübt, nachdem sie den Standpunkt der Fraktion in einer Erklärung dargelegt hatten. Damit ist noch keine endgültige Entscheidung gefällt. Die sozialdemokratische Fraktion, die sich in vielstündigen Debatten mit den Linien der Brüning'schen Gesamtpolitik auseinandergesetzt, hat die definitive Entscheidung hinausgeschoben, bis die Verhandlungen abgeschlossen und die Beschlüsse im Steuerausschuß über die „Millionärsanträge“ sowie über die Wehrbeitragspläne der Sozialdemokraten gefaßt worden sind. Wir haben bereits mehrfach dargelegt, daß die Entscheidung über den Panzerkreuzer B für die Sozialdemokratie eine außerordentlich schwierige ist. Aber das Gesamtproblem bleibt nach wie vor: Soll im Kampfe um den Panzerkreuzer den Nationalsozialisten der Weg zum Dritten Reich geöffnet werden? Soll durch den Panzerkreuzer den Deutschnationalen das Sprungbrett bereitet werden, um ihre Ziele zu erreichen?

Während der letzten Tage wurde in der deutschen Presse ein harter Streit zwischen Herrn Hugenberg, dem Ernährungsminister Dr. Schiele und dem Reichsfinanzminister Dr. Brüning ausgefochten. Herr Hugenberg warf Dr. Brüning vor, daß er bei den Verhandlungen, die vor dem Zusammentritt des am

Panzerkreuzer B angenommen

Stimmenthaltung der Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß

Erklärung Dr. Groeners

SPD Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm am Mittwoch den Marineetat an. Die Ratsrate für den Panzerkreuzer B wurde gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Vertreter angenommen.

Abg. Stülcken (Soz.) wies als Berichterstatter darauf hin, daß die Ausgaben der Reichsmarine insgesamt 191 Millionen Mark betragen. Der Bestand der Beamten, Angestellten und Arbeiter sei auf einen Abbau hin zu prüfen, trotzdem bereits 57 Beamte, 91 Angestellte und 374 Arbeiter abgebaut seien. Bei der Marineleitung sei kein Abbau vorgenommen worden. Aus den Reihen der Mannschaften seien bemerkenswerte Kräfte nicht geäußert worden. Es scheine, daß eine gewisse Konsolidierung eingetreten sei, auch die Zahl der Unfälle und Selbstmorde sei gering. Der Andrang zur Reichsmarine sei nach wie vor sehr groß. Im letzten Jahre haben sich 30 800 junge Leute beworben, von denen nur rund 1000 eingestellt werden konnten. Die Mehrzahl der Bewerber stamme nicht aus den Seegebieten.

Abg. Hünlich (Soz.)

In den Hauptfragen ist bei der Marine das gleiche zu bemerken, wie beim Reichsheer. Sie unterliegt den gleichen erfreulichen und unerfreulichen Erscheinungen, die sich aus dem mehr oder minder heftigen Kampf erklären, der unser Volk durchtobt. Das ist deutlich wahrzunehmen, wenn man sie aus der nächsten Nähe beobachten kann. Es lassen sich Fälle beobachten, in denen Offiziere und Soldaten eine korrekte Gesinnung an den Tag legen, und andere, in denen das zum mindesten zweifelhaft ist. Angesichts dieser Entwicklung erwächst den höheren Offizieren zweifellos die nicht leichte Aufgabe, durch geeignete Maßnahmen und eigenes Vorbild für die Integrität der Truppe zu sorgen.

Mit dem Ausscheiden der letzten Deskoffiziere sind erhebliche Schwierigkeiten für das fahrende Material entstanden. Es soll versucht werden, die Schwierigkeiten dadurch zu beheben, daß man Oberfeldwebel veranlaßt, länger als zwölf Jahre zu dienen. Wenn das aber richtig wäre, dann sollte man zugeben, daß die Beseitigung der Deskoffiziere ein schwerer organisatorischer Fehler gewesen ist, und aus dieser Erkenntnis den Schluß ziehen, den Deskoffizier wieder einzuführen. Was soll man dazu sagen, wenn die Marineverwaltung in ihren Depotbetrieben noch nicht einmal die 48-Stunden-Woche zugeht, sondern mit großer Zähigkeit die 52- und 56-Stunden-Woche verteidigt. Der Redner gibt dann namens der sozialdemokratischen Mit-

glieder im Haushaltsausschuß die gestern bereits wiedergegebene Erklärung ab.

Abg. Dr. Rühl (Staatspartei): Die Marine ist integrierender Bestandteil der deutschen Wehrmacht. Wir werden die zu ihrem Unterhalt erforderlichen Mittel bewilligen, ohne hiermit politische Kompensationen auf anderen Gebieten in Verbindung zu bringen.

Abg. Gering (Ztr.): Deutschlands Interessen erfordern es, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die die Abrüstungsvorschriften des Versailler Vertrages für die Landesverteidigung gelassen haben. So schwierig die Finanzlage des Reiches heute auch sei, so müsse auch um deswillen der Bau des zweiten Schiffes in Angriff genommen werden, weil sonst in Wilhelmshaven und Kiel größere Arbeiterentlassungen bei den Marinebetrieben erfolgen müßten.

Abg. Ruhnigk (Soz.) betonte gegenüber Ausführungen des Kommunisten Stoeker, daß die Sozialdemokratie dem Bau des Panzerkreuzers B nicht zugestimmt habe, sondern sich zunächst lediglich der Stimme enthalten werde. Der Redner kritisierte dann Vorgänge in Wilhelmshaven und Rüstingen. Die dortigen Marineleistungen erwiesen sich als sehr schwach gegenüber den Nationalsozialisten, aber gegenüber den Kommunisten zeigten sie eine desto größere Schärfe.

Reichswehrminister Dr. Groener

wies darauf hin, daß bei der Landesverteidigung Deutschlands die Ostsee eine besondere strategische Rolle spiele. Diese strategische Bedeutung der Ostsee sei nach dem Weltkrieg durch die unglückliche Grenzziehung im Osten noch gestiegen. Das strategische Kernstück stelle die Verteidigung Ostpreußens dar. Er werde bei seinen pflichtmäßigen Vorbereitungen für die Landesverteidigung alles tun, zu Lande und zu Wasser, um den Schutz Ostpreußens mit den äußersten Mitteln zu gewährleisten. (Lebh. Beifall.) Nachdem er sich aus militärischen und politischen Gründen heraus zum Wiederaufbau unserer Seestreitkräfte in dem Rahmen, den uns der Versailler Vertrag gelassen habe, entschlossen habe,

stehe und falle er mit dieser einmal in Angriff genommenen Flottenpolitik. Ein Zurück gebe es für ihn nicht.

Abg. Schäpflin (Soz.) wandte sich in einer grundsätzlichen Erklärung gegen die Vorwürfe der Kommunisten, die Sozialdemokratie habe ihren Standpunkt zur Wehrmacht geändert. Er habe schon 1919 in der Nationalversammlung die Schaffung einer Wehrmacht vertreten. Die Sozialdemokratie habe die Reichswehr stets bejaht und den Wehretat in allen Jahren bewilligt. Daß sie zu Einzelpositionen Streichungen verlangt habe, ändere an dieser Grundeinstellung nichts. Donnerstag Finanzetat und Postetat.